

# Süddeutsche Zeitung

NEUESTE NACHRICHTEN AUS POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAFT UND SPORT

DEUTSCHLAND-AUSGABE

HF2 HK2 HS2 HH2

München, Freitag, 16. Juli 2010

66. Jahrgang / 28. Woche / Nr. 161 / 2,10 Euro

## Das Streiflicht

(SZ) Ein gutes Vierteljahr erst ist es her, da kannte alle Welt hier nur ein Thema, einen Feind: die Kälte und den Winter, diesen Hundsott, der ums Verrecken nicht mehr gehen wollte. Er ist verfliegen eines Tags wie Fliederduft im späten Frühjahr. Nun kennen alle nur ein Thema, einen Feind: die Hitze und den Sommer, der die ganze Lebenskraft aus Knochen, Muskeln, Hirnen saugt. Der kurze Ärmel hat Saison, und trotzdem perlt der Schweiß. Sowie ein kleiner Luftzug spürbar ist, spreizen manche die Arme vom Körper ab und verharren so nach Art der Kormorane, die ihre nassen Flügel nach dem Tauchgang trocknen. Ein jeder hilft sich, wie er kann, besonders nachts. Wer immer nackt zu schlafen pflegt, ist jetzt ein armes Schwein. Er hat nun nichts mehr ausziehen; es bleibt ihm nur noch, aus der Haut zu fahren. Ein Stöhnen geht durchs Land, ein Lechzen nach dem nächsten Tief, so verzehrend wie Dalidas Stimme, als sie damals sang: „Am Tag, als der Regen kam, heißersäht, langerfläht.“

Fast alle leiden, nur eine abgebrühte Gemeinschaft nicht, die mag es heiß. Es ist der harte Kern der Saunagänger, der, wie die Agentur ddp herausgefunden hat, auch im Sommer seine heißen Zonen aufsucht. Sie müssen trinken, unablässig trinken, da der Schweiß schon vor der Holzkabine fließt und nach dem Sprung ins kalte Becken hinterher erst recht. Die eingefleischten Saunagänger brauchen das. Sie schwitzen nicht nur gern, sie schätzen auch die heimelige Atmosphäre, den Dampf der Häute und der Kräuter, den Anblick der begnadeten Körper und nicht zuletzt die Anerkennung für den kühnen Schritt, den Aufstieg in den höchsten Luftraum.

Saunaliebhaber fahren gerne mit der Eisenbahn in diesen Tagen, auch wenn die Züge längst noch nicht perfekt sind. Da bleibt noch viel zu tun im Rahmen der Kunden- und Qualitätsinitiative, die Rüdiger Grube, der Chef der Deutschen Bahn, ausgerufen hat. Das Raucherabgong, die rollende Wellness-Oase. Die entsprechenden Klimaanlage sind schon vorhanden, das Mobiliar mit Fintendekor ist schnell eingebaut, und natürlich erschließen sich nun Einnahmequellen aller Art für ein Unternehmen, das viel Geld braucht, weil es halb Stuttgart unterkellern will und einen guten Teil der Schwäbischen Alb dazu. Aufguss gefällig? „Sehr gerne“, sagt der nette Zugbegleiter mit dem Handtuch um die Hüften, „macht sechseurozehen zusammen mit dem Grüntee Morgentau“. Schon riecht der ganze Saunawagen nach Mango- und Zitrusfrüchten. Zu jedem Chili con Carne, das in den Schwitzkasten geliefert wird, gibt es gratis einen Bund Birkenreis. Wer so gut bedient ist von der Bahn, steigt am Zielort aus und stellt fest, dass es draußen bitterkalt ist. Und das mitten im Hochsommer.



## Warme Worte in Sibirien

Zum früheren russischen Präsidenten Wladimir Putin hatte Kanzlerin Angela Merkel ein kühles Verhältnis. Mit Putins Nachfolger Dmitrij Medwedjew versteht sich die deutsche Regierungschefin sichtlich besser, wie das Bild vom jüngsten Treffen der beiden in Jekaterinburg zeigt. In der sibirischen Stadt, in der 1918 die russische Zarenfamilie erschossen wurde, fanden am Donnerstag die deutsch-russischen Regierungskonsultationen statt. Merkel bot Medwedjew die Hilfe Deutschlands bei der Modernisierung Russlands an. (Seiten 4 und 7) Foto: AP

## HEUTE MIT



Kein Witz: Die meistverkauften Bücher schreiben derzeit Komiker. Sind die Barths und Mittermeiers die besseren Literaten? Kein Wunder: Auch der Strand macht die Menschen nicht gleich – Ansichten aus der Möwenperspektive. Keine Frage: Die leckersten Nudelsuppen der Welt kochte die Vietnamesen. Und: Ein Interview mit Sepp Daxenberger, der bis Juni der mächtigste Grüne Bayerns war, über Politik und Krankheit. Liegt nicht der gesamten Auslandsauflage bei

14 Seiten Immobilien, Kauf- und Mietmarkt

## Atomindustrie soll mehr zahlen

Bund plant Belastung von fünf Milliarden Euro pro Jahr

Berlin – Die geplante Verlängerung der Kraftwerkslaufzeiten wird die deutsche Atomindustrie teuer zu stehen kommen. Die Bundesregierung plant nach Informationen der Süddeutschen Zeitung zusätzlich zu bereits vereinbarten Brennelementesteuer die Einführung einer Abgabe zur Förderung erneuerbarer Energie. Beide Instrumente zusammen könnten die Branche mit vier bis fünf Milliarden Euro pro Jahr belasten. In Branchenkreisen hieß es, mit einer solchen Doppelbelastung würden die zusätzlichen Gewinne aus der Laufzeitverlängerung komplett ausgezehrt. Die Regierung wirft den Konzernen allerdings vor, mit falschen Zahlen zu operieren. (Wirtschaft) SZ

## Hausärzte drohen mit Praxis-Schließungen

Berlin – Die Hausärzte wollen mit Streiks und Praxis-Schließungen gegen die Sparpläne der schwarz-gelben Koalition im Gesundheitswesen protestieren. In den kommenden Wochen und Monaten müssen sich die Patienten damit auf eine schlechtere Versorgung einstellen. Gesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) will das für 2011 erwartete Honorarplus der Hausärzte um 500 Millionen Euro kürzen. (Seiten 4 und 6) gwv

## ICE-Klimaanlagen fallen bei 32 Grad aus

Berlin – Die Klimaanlagen in Fernzügen der Deutschen Bahn funktionieren offenbar nur bei Temperaturen bis 32 Grad Celsius völlig störungsfrei. Wartungsmängel schloss der Konzern als Ursache für die Probleme mit der Kühlung in zahlreichen ICE aus. Der Sonderbeauftragte der Bahn, Georg Brunnhuber, machte indirekt den Klimawandel für die Probleme verantwortlich. (Panorama) AFP

## Drei Millionen mehr für Olympia-Bewerbung

München – Der Etat für die Münchner Olympia-Kandidatur wird um drei Millionen auf insgesamt 33 Millionen Euro erhöht. Das haben die Gesellschafter der Bewerbungsgesellschaft am Donnerstag in München beschlossen. Damit konnte sich Geschäftsführer Willy Bogner nur teilweise durchsetzen, er hatte fast sieben Millionen mehr gefordert. (Lokales)

<b>Dax</b> ▼ Xetra Schluss 6149 Punkte -0,97%	<b>Dow</b> ▼ N.Y. 18 Uhr 10.282 Punkte -0,82%	<b>Euro</b> ▲ 18 Uhr 1,2917 US-\$ +0,0177
--	--	--

## Das Wetter

München – Meist sonnig. Im Laufe des Tages im Süden und Südosten aber auch im Erzgebirge und der Lausitz ein paar Gewitter. Im Westen und Nordwesten ebenfalls Wolken. Zunächst gewittrige Schauer. Temperaturanstieg auf 26 bis 34 Grad. (Seite 31)

## Gesetzentwurf für Luftverkehrsabgabe

# Fliegen wird teurer

Regierung will jeden einzelnen Flug mit 13 Euro besteuern / Bei vielen Langstrecken sogar 26 Euro Aufschlag

Von Michael Bauchmüller und Claus Hulverscheidt

Berlin – Die Bundesregierung will in Zukunft an jedem Flug mindestens dreizehn Euro mitverdienen. Das geht aus dem Entwurf des Luftverkehrssteuergesetzes hervor, der am Donnerstag bekannt wurde. Branchenvertreter warnen vor „verheerenden Konsequenzen“. Auch die SPD lehnte das Vorhaben ab.

Die Zeit der Billigflüge mit Ticketpreisen von 19 oder gar nur neun Euro pro Strecke ist mit dem Gesetz wohl ein für allemal vorbei. Laut Entwurf werden künftig für jeden Flug innerhalb Europas, der von einem deutschen Flughafen startet, dreizehn Euro Steuer fällig, wobei Kinder unter zwei Jahren ausgenommen sind. Betroffen sind damit vor allem innerdeutsche Reisen, weil der Fiskus hier sowohl für Hin- als auch für Rück-

flüge zulandt. Der Steuersatz für Flüge in die beliebten Urlaubsländer Türkei, Marokko und Tunesien beträgt ebenfalls 13 Euro. Flüge in außereuropäische Länder will die Regierung dagegen mit 26 Euro belasten. In der Gesetzesbegründung heißt es, der gewerbliche Luftverkehr sei der einzige Verkehrsträger in Deutschland, der bisher nicht mit Energiesteuern belastet wurde. Deshalb solle nun „auch der Flugverkehr in die Mobilitätsbesteuerung einbezogen werden, um Anreize für umweltgerechtes Verhalten zu setzen“.

Das Gesetz ist Teil des Sparpakets, das die Bundesregierung Anfang Juni beschlossen hatte. Allein die Luftverkehrssteuer soll dem Bund von 2011 an pro Jahr eine Milliarde Euro an zusätzlichen Einnahmen verschaffen. Dabei ist der Koalition durchaus bewusst, dass am Ende wohl die Reisenden die neue Steuer werden tragen müssen. „Es ist davon auszugehen, dass die Luftverkehrsabgabe regelmäßig auf die Flugpreise aufgeschla-

gen und somit Auswirkungen auf die Einzelpreise für Flugreisen haben wird“, heißt es im Gesetzentwurf. Auf die Unternehmen kämen zudem ein hoher Aufwand für die Umstellung ihrer Software sowie jährliche Kosten wegen des Mehraufwands von etwa 135 000 Euro zu.

Die Branche selbst machte ihrer Empörung über das Gesetz bei einer Anhörung der SPD-Bundestagsfraktion Luft. Christoph Blume, Chef des Düsseldorfer Flughafens, warnte vor einer massenhaften Abwanderung von Reisenden in Nachbarländer. 20 Prozent der Passagiere könnten seinem Flughafen verloren gehen. Für die Branche werde die Steuer „drastische und verheerende Konsequenzen“ haben. Auch der Chef der zweitgrößten deutschen Fluggesellschaft Air Berlin, Joachim Hunold, warnte vor gravierenden Folgen. Nachdem der Bund die Autoindustrie und die Banken mit milliardenschweren Hilfsprogrammen gerettet habe, hole er sich das Geld nun bei ei-

ner der renditeschwächsten Industrien wieder: „Das macht mich sauer.“

Die Gewerkschaft Verdi bezeichnete die Abgabe als Etikettenschwindel. „Das ist beschäftigungspolitisch gefährlich und ökologisch wirkungslos“, sagte Vorstandsmitglied Erhard Ott. Auch die SPD will das Gesetz bekämpfen. „Die Luftverkehrssteuer bedroht rund 15 000 Arbeitsplätze in Deutschland“, sagte der SPD-Verkehrspolitiker Uwe Beckmeyer. „Sie muss weg.“ Der Industrieverband BDI sieht das ebenso.

Die Koalition legt allerdings Eile an den Tag. Bis zum kommenden Montag sollen alle betroffenen Ressorts ihre Haltung zu dem Gesetz darlegen. Vor allem im Arbeits- und im Umweltministerium gibt es noch Kritik: Beide Häuser verlangen weitere Steuersätze, um zusätzlich zur Länge der Flugstrecke auch soziale und ökologische Gesichtspunkte berücksichtigen zu können. Das Finanzministerium lehnt dies jedoch ab. (Wirtschaft)

## Herkulestat

Ein Grieche zählt erstmals die Staatsdiener seines Landes

Beamte sich beeilten, ihre Daten einzugeben. Kein Wunder: Wer sich nicht rechtzeitig meldet – also vor dem 23. Juli –, muss damit rechnen, dass er vorerst kein Geld mehr erhält.

Der aufgeblähte öffentliche Dienst ist eine der Hauptsachen für das horrendes Haushaltsdefizit, das Hellas an den Rand des Bankrotts gebracht hat. Die EU und der Internationale Währungsfonds gewähren dem Land Milliardenkredite, verlangen dafür aber, dass es sich entsprechend anstrengt. Kontrollleur Rakintzis findet das richtig. In seinem neuesten Bericht hat er die Missstände im öffentlichen Dienst beschrieben. So nahm die Zahl der Angestellten der Athener Tram-Bahn in der Zeit der konservativen Regierung zwischen 2004 und 2009 um 533 zu, das Streckennetz aber wuchs um gerade

mal zwei Kilometer. Die Verantwortlichen der Straßenbahngesellschaft will Rakintzis nun vor Gericht bringen.

Staatsjobs wurden in Griechenland bislang, besonders vor Wahlen, wie Geschenkpakete verteilt, und zwar auf allen Ebenen. Wie „Feudalherrscher“ hätten sich gerade Kommunalverwaltungen benommen, schimpft Rakintzis. Gegen die Rundumerfassung, die er plant, hatten staatliche Datenschützer zunächst Einwände erhoben, sie dann aber mit Auflagen genehmigt. Aus den Computerbögen wurden einige persönliche Fragen gestrichen.

Manche Staatsdiener hätten auch mehrere Jobs, sagt Lykurgos Liaropoulos, Ökonom an der Universität von Athen und Spezialist für das hochdefizitäre Gesundheitssystem. „Wir werden Leute ent-

decken, die Geld aus drei oder vier Quellen bekommen.“ Andere wurden gar nicht bezahlt. Weil sie nur Kurzzeitarbeitsverträge haben und angeblich seit Monaten auf ihr Gehalt warten, hindern frustrierte Angestellte des Kultusministeriums in dieser Woche Hunderte Touristen an einem Besuch der Akropolis.

Jüngst erst wurde eine Gesundheitsbehörde abgeschafft, die nie existierte. Zu mindest hatte sie keine Angestellten. Überbesetzt seien vor allem Ämter, die gut bezahlen, sagt Rakintzis. Andersorts gebe es viel zu wenig Mitarbeiter – etwa auf einsamen Inseln, in den Grenzgebieten zur Türkei oder im Amt zum Schutz der Wälder. Die sozialistische Regierung will nun für je fünf Angestellte, die in Pension gehen, nur noch einen einstellen. Rakintzis hat 28 Mitarbeiter, das ist wenig für die Kontrolle des ganzen Landes. Der rundliche Mann sagt, in den 38 Berufsjahren als Richter habe er gelernt, „fast alles allein zu machen“. Er ist wirklich ein Vorbild. Christiane Schlötzer

# Mini-Jobber sollen Elterngeld verlieren

Ministerin Schröder möchte den staatlichen Zuschuss vor allem bei Familien mit niedrigem Einkommen kürzen

Von Thomas Öchsner

Berlin – Die Pläne der Bundesregierung, das Elterngeld für Hartz-IV-Empfänger zu streichen, gehen weiter als bislang bekannt. Mit einem geringeren staatlichen Zuschuss müssen auch Mini-Jobber und Paare rechnen, die den sogenannten Kinderzuschlag erhalten. Dies geht aus dem Referentenentwurf des Bundesfamilienministeriums hervor, der der Süddeutschen Zeitung vorliegt. Wer wegen seines geringen Verdienstes zusätzlich vom Staat Hartz-IV-Leistungen erhält und so sein Einkommen aufstockt, wird genauso wie alle Hartz-IV-Bezieher bis zu 300 Euro weniger Elterngeld bekommen.

Die Bundesregierung hatte in ihrem Sparpaket von Anfang an vorgesehen, gut ein Drittel des Sparvolumens von mehr als 13 Milliarden Euro im Jahr 2011 bei den Sozialleistungen hereinzuholen.

Die Kürzungen beim Elterngeld belaufen sich auf 600 Millionen Euro. Aus dem Referentenentwurf von Familienministerin Kristina Schröder (CDU) geht nun hervor, dass die schwarz-gelbe Koalition den Beziehern höherer Einkommen deutlich weniger zumutet als den ärmsten Eltern. So will die Bundesregierung etwa 155 Millionen Euro durch ein niedrigeres Elterngeld bei Nettoeinkommen von mehr als 1240 Euro im Monat sparen. Fast dreimal so groß sind die Kürzungen bei den ärmeren Familien, sie summieren sich auf 440 Millionen Euro. Zur Begründung wird in dem Gesetzesentwurf darauf verwiesen, dass es für erwerbsfähige Hartz-IV-Bezieher stärkere Anreize geben müsse, eine Arbeit aufzunehmen.

Etwa 42 000 Eltern haben nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 2009 ihre Erwerbsarbeit ruhen lassen und Elterngeld zwischen 300 und 500 Euro be-

kommen. Ein beträchtlicher Teil von ihnen dürfte lediglich einen Minijob ausgeübt haben. Sie werden nach den neuen Regeln schlechter gestellt, weil Minijobs künftig keine Rolle mehr bei der Ermittlung des Elterngeldes spielen. Hat eine Person also einen 400-Euro-Minijob als Zweitjob, wird das Elterngeld nur noch auf Grundlage des Hauptjobs festgesetzt. Das Elterngeld kann sich dadurch nach Berechnungen der Bundestagsfraktion der Linken um bis zu 268 Euro im Monat verringern. Arbeitet in einem Paarhaushalt eine Person Vollzeit und hat die andere einen 400-Euro-Minijob, wird der staatliche Zuschuss um bis zu 88 Euro niedriger ausfallen.

Bei Familien, die den Kinderzuschlag erhalten, beläuft sich das Minus auf bis zu 140 Euro monatlich, weil das Elterngeld künftig in vollem Umfang als Einkommen bei der Berechnung dieser Leis-

tung berücksichtigt wird. Der Kinderzuschlag soll verhindern, dass Geringverdienender ins Hartz-IV-System rutschen, nur weil sie Nachwuchs haben.

Nicht gekürzt wird dagegen bei Personen mit einem Nettoeinkommen von mehr als 2770 Euro. Sie erhalten weiter den Höchstbetrag an Elterngeld in Höhe von 1800 Euro. Denn für sie wirkt es sich nicht negativ aus, wenn es von 2011 an nur noch 65 statt 67 Prozent des letzten Nettolohnes als Elterngeld gibt, wie es Schröder plant. Scharfe Kritik kam deshalb von der Opposition. Diana Golze, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Linken, sagte: „Familienministerin Schröder sind anscheinend Geburten von reichen Eltern mehr wert als von ärmeren Eltern.“ Schröder argumentiert, dass es gerade für gut verdienende Männer weiter attraktive Anreize geben müsse, in den Elternurlaub zu gehen.

## Heute in der SZ

**Geht doch**  
Großbritannien hat, was Deutschland fehlt: eine harmonische und funktionierende Koalition. .... 3

**Havarie in Hamburg?**  
Scheitert die Schulreform im Volksentscheid, dann scheitert der schwarz-grüne Senat. Leitartikel von Ralf Wiegand .... 4

**Chili Vanilli**  
Warum Köche die „Renaissance der Gewürze“ ausrufen. Von Marten Rolff. .... 9

**„Wir hatten miserable Berater“**  
Nick Mason, der Schlagzeuger von Pink Floyd, über Niederlagen, fliegende Schweine und Comeback-Gebote. .... 26

**TV- und Radioprogramm** ..... 32  
**Rätsel** ..... 15  
**München · Bayern** ..... 31  
**Familienanzeigen** ..... 30

## Süddeutsche Zeitung Bibliothek

Das Buch der Woche  
Alan Hollinghurst  
Die Schönheitslinie  
Lothar Müller  
stellt Band Nr. 12 vor  
Feuilleton, Seite 11  
www.sz-shop.de

Süddeutsche Zeitung GmbH Hultschiner Straße 8  
81677 München; Telefon 089/2183-0,  
Telefax -9777; redaktion@sueddeutsche.de  
Anzeigen: Telefon 01805/155900\* (Immobilien- und Mietmarkt), 01805/255900\* (Motormarkt), 01805/355900\* (Stellenmarkt, weitere Märkte).  
Abo-Service: Telefon 01805/455900\*,  
www.sueddeutsche.de/abo

\*Dt.-Inlandspreise: Festnetz 14 ct./Min., Mobilfunk max. 42 ct./Min.

